

Das ORDO-Jahrbuch und die Konjunktur

Das Jahr 1962 wird zwar nicht den Wendepunkt in der konjunkturellen Entwicklung der Bundesrepublik bringen — wie schon gelegentlich behauptet wird —, aber sicher wird es das Jahr der hitzigsten und eine breite Öffentlichkeit erregenden Konjunkturdebatten sein. In diesem Zusammenhang verdient der soeben erschienene 13. Band ORDO¹⁾ — Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft — besondere Beachtung, ist doch das ORDO-Jahrbuch eine Gründung der nach dem Kriege hervortretenden Freiburger neoliberalen Schule, deren Gedankengänge bei der Etablierung der sogenannten sozialen Marktwirtschaft wesentlich Pate gestanden haben. Wie werden jetzt die weiteren Entwicklungsaussichten des großgewordenen Kindes von den geistigen Vätern beurteilt?

Vom Inhaltsverzeichnis her enttäuscht ORDO XIII in dieser Hinsicht nicht. Neben dem direkt das Hauptproblem des Jahres 1962 ansprechenden Aufsatz von *L. Albert Hahn* „Gedanken zur nächsten Depression“ beschäftigen sich drei Autoren (*Friedrich A. Lutz*, Zürich, *Milton Friedmann*, Chicago, und *Helmut Grö'ner*, Bonn) mit Problemen der internationalen Währungsordnung und des Zahlungsbilanzausgleichs, ungelöste Fragen, die in engstem Zusammenhang mit dem mehr oder weniger inflationistischen Trend der weiteren Konjunktorentwicklung stehen. Und auch der Aufsatz von *Ernst-Joachim Mestmäcker*, Dudweiler (Saar), über „Das Rabattkartell im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ und der Bericht von *Hans Otto Lenel*, Hamburg, über den „Stand der Konzentrationsdebatte in der Bundesrepublik“ berühren einen Teil der Ursachen der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Misere in der Bundesrepublik. Außerhalb dieses Problemkreises bleiben neben dem an den Anfang gestellten, spekulativ-philosophischen Beitrag von *Louis Rougier*, Paris, „Die Hauptursache für den Vorsprung des Westens“ nur noch drei Beiträge, die Jugoslawien, die Entwicklungsländer und verkehrspolitische Probleme behandeln. Ferner die nicht in den Besprechungsteil gelegten Bemerkungen von *Bernhard Pfister* zu „Mater et Magistra“, wo — in oft unerträglich belehrendem Ton — Einzelpunkte der Sozialzyklika *Johannes' XXIII.* herausgeplückt und ökonomisch „widerlegt“ werden, wobei die Widerlegung sich im Kern auf die Behauptung beschränkt, daß es peinlich sei, wenn bei wirtschaftsethischen Postulaten die „wirtschaftliche Relevanz der angeschnittenen ... Fragen überhaupt nicht

1) Verlag Helmut Küpper, Düsseldorf 1962. 548 S., Ln. 54,80 DM.

erkannt wird“. So gesichert sind die Erkenntnisse der liberalen Wirtschaftstheorie ja nun wohl keineswegs, daß sich jemand einen solchen Ton erlauben darf, der selbst nur Postulate und keine Beweise im Sinne der exakten Wissenschaften zu bieten hat. Die Sozialenzyklika des Papstes mag manchem wirtschaftspolitisch ungelegen kommen, und sie ist auch sicher nicht frei von Irrtümern. Aber die strittigen Fragen in diesem großartigen Werk verlangen eine ernsthaftere Auseinandersetzung, und im Rahmen des ja nicht anspruchslosen ORDO-Jahrbuches wirkt der Beitrag von Pfister ein wenig peinlich.

Es wäre auch in manchem der anderen Artikel einiges an liberaler Selbstgefälligkeit zu widerlegen, was sich hier allein schon aus Raumgründen verbietet. Der oben zitierte Aufsatz von *Albert Hahn* trifft aber so sehr den Kern der wirtschaftspolitischen Diskussion des Sommers 1962 — obgleich er bestimmt einige Monate vorher verfaßt worden ist —, daß eine ausführlichere Würdigung unerläßlich ist, zumal Prof. Hahn seit Jahrzehnten zu den speziellen Sachkennern für Geld, Kredit und Konjunkturen zählt.

Wer freilich auf Grund des provozierenden Titels exakte Aussagen darüber erwartet, wann, wie und in welchem Ausmaß die nächste Depression eintreten wird, sieht sich getäuscht. „Die Propheten des Unprophezeibaren“ nennt Hahn jene allzu eifrigen Konjunkturinstitute, die immer wieder exakte Voraussagen der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung versuchen. Und seine pointiert vorgetragene These, daß die echte Möglichkeit zutreffender Konjunkturprognosen die Konjunkturschwankungen bereits verhindern würde, ist logisch nicht zu widerlegen. So schränkt Hahn seine Arbeit ein auf eine Diagnose der Entwicklung (besonders auf dem monetären Sektor) seit 1955 und die abschließende Äußerung seines „subjektiven Konjunkturgefühls“, dem er freilich mehr Wahrscheinlichkeitswert zumißt als den statistischen Konjunkturprognosen.

Die Äußerungen Hahns pendeln zwischen den Wirtschaftsräumen der USA und der Bundesrepublik, wenn auch den deutschen Verhältnissen ein größerer Raum eingeräumt wird. Bereits die Überschriften zu den ersten Abschnitten der Entwicklungschagnose der Bundesrepublik (S. 146 ff.) zeigen deutlich die Absicht des Verfassers, die Hauptübel dieser zweiten Phase des sogenannten Wirtschaftswunders direkt anzusprechen, ohne sich um bundesdeutsche Tabus zu kümmern. Sie lauten: „Die Inflation seit 1955“ und „Eine Inflation zugunsten des Auslandes“. Mit Hilfe einer knappen Analyse des Bundesbankberichts von 1960 wird gezeigt, wie von 1955 bis 1960 die Geldversorgung über den Produktionszuwachs hinausgewachsen ist, so daß sich nach diesen fünf Jahren 13 Md. D-Mark, d. s. 40 vH des Ausgangsvolumens, zuviel im Wirtschaftskreislauf befanden. (Und das bei fortschreitender Modernisierung des Zahlungsverkehrs, was eigentlich zu einer Beschleunigung des Geldumlaufs führen müßte.) Ebenso deutlich wird als Hauptquelle dieser inflationistischen Entwicklung die falsche Wechselkurspolitik aufgezeigt, die zu einem Anstieg der Währungsreserven auf 31,6 Md. DM und des Goldbestandes auf 12,4 Md. DM geführt hat. Hahn läßt aber auch keinen Zweifel daran, daß diese Anhäufung der Gold- und Devisenreserven nichts anderes bedeutet als ein „Zwangssparen“ des inländischen Verbrauchers zugunsten einer zinslosen Kreditgewährung an das Ausland. Alle Vorschläge zu einer Rückkehr zur Goldwährung werden strikt abgelehnt, ja teilweise als „Ausdruck sehr handfester privater Interessen ... seitens der südafrikanischen Produktionsinteressenten“ bezeichnet.

Mit erfreulicher Unvoreingenommenheit wird auch die Lohnfrage behandelt. Die Steigerung der Lohnkosten wird als das „Ergebnis der inflatorischen Politik der Bundesbank“ bezeichnet, die forcierte Lohnpolitik der letzten Jahre als „vielleicht verspätete, aber marktkonforme Anpassung an die Nachfrage“. Im Gegensatz zu den Verhältnissen in den USA sieht Prof. Hahn in der Bundesrepublik noch keine Gefahren der sogenannten „cost-push Inflation“ durch hohe Löhne, sondern diese als notwendiges Regulativ der Umstellung vom bisherigen Kapitalgüterboom zur Ausweitung des Konsumgütermarktes.

In der Tatsache, daß das ausländische Kostenniveau — gedacht ist vor allem an die USA — selbst in depressiven Zeiten *höher* ist als das der deutschen Hochkonjunktur, sieht Albert Hahn den sichersten Garant weiterer positiver wirtschaftlicher Entwicklung in der Bundesrepublik, weil es selbst bei vorübergehender Abschwächung auf dem Binnenmarkt zu „importierter Konjunkturanfächung“ käme. Das ist zweifellos richtig gesehen, und die Außenhandelsergebnisse der letzten Monate ²⁾ bestätigen diese These (mit allen ungünstigen Auswirkungen für den Verbraucher).

Trotz seiner konjunkturoptimistischen Grundhaltung warnt der Verfasser zum Abschluß nachdrücklich davor, die zunehmende Inflationierung allzu leicht zu nehmen. Irgendwann würden diejenigen, die bei diesem Spiel auf der Verlustseite ständen (die Sparer nämlich), die monetäre Illusion durchschauen, und ihre Reaktionen könnten dann doch zu einer echten Depression führen. Ein Rezept weiß Albert Hahn allerdings auch nicht zu bieten; die sich aus seinen Ausführungen aufdrängende Schlußfolgerung, das Gegenmittel dort zu suchen, wo der inflationäre Trend ausgelöst wurde, nämlich beim Außenhandel, wird nicht gezogen. Trotzdem kann den Wirtschaftspolitikern der Bundesrepublik der Aufsatz Hahns zur Pflichtlektüre nur empfohlen werden. Hier hat ein Wissenschaftler, den man wahrlich nicht besonderer „Gewerkschaftsneigungen“ verdächtigen kann, unvoreingenommen die Konjunkturlage analysiert, doch das Ergebnis seiner Untersuchungen sind *nicht* Maßhalteappelle an die Arbeitnehmer. Das Versagen der Wirtschaftspolitik der Regierung und der Bundesbank ist deutlich geworden, ferner die Notwendigkeit, endlich eine konstruktive, verbraucherfreundliche Wirtschaftspolitik zu betreiben. Der Bundesregierung stehen von weiterem Abbau der Importbeschränkungen — man schiebe es nicht auf die EWG, niemand zwingt die Bundesrepublik dazu, stets sich für die höchstmöglichen Abschöpfungsbeträge zu entscheiden(!) — bis zu aktiver Förderung des Wettbewerbs genügend Mittel zur Verhinderung weiteren Preisauftriebs zur Verfügung. In Abstimmung des Einsatzes dieser wirtschaftspolitischen Mittel mit einer aktiven Lohnpolitik wäre die Binnenkonjunktur endlich zu fördern, zum Wohle der Verbraucher und damit der gesamten Volkswirtschaft.

2) Im Juli 1962 hat gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres die Ausfuhr um 6 vH, die Einfuhr um 13 vH zugenommen („Wirtschaft und Statistik“ Heft 8/62, S. 482).